

**II-1956 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 964/J

1984 -10- 19

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr.KOHLMAIER, GRAF, Dr.TAUS, Dr.STEIDL,
Dr.SCHÜSSEL

und Kollegen

an den Bundeskanzler

betreffend Kurswechsel zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und zur Entlastung der österreichischen Steuerzahler durch eine große Steuerreform

Wenn es zu keiner Änderung des österreichischen Steuersystems kommt, wird die Belastung der Masseneinkommen durch die Lohnsteuer bis 1988 um fast 30 % (in Worten: dreißig Prozent) ansteigen.

Zu diesem dramatischen Ergebnis kommt der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen in seiner Budgetvorschau für 1984 - 1988.

Für die Österreicherinnen und Österreicher heißt dies: Die hohen Inflationsraten, die steigenden Belastungen und die ungebremste Steuerprogression nehmen den Bürgern immer mehr von ihren hart erworbenen Schillingen weg.

Dieser immer brutaler werdende Griff in die Taschen der Menschen ist leistungshemmend und eigentumsfeindlich: Gleichzeitig bleiben aber die Probleme der längerfristigen Sicherung der Arbeitsplätze sowie die Finanzierung der Renten und Pensionen ungelöst.

Dies ist auch der sozialistischen Koalitionsregierung bekannt. Denn in der Regierungserklärung, die Bundeskanzler Dr.Sinowatz am 31.Mai 1983 dem Nationalrat vorgelegt hat, heißt es wörtlich:

-2-

"Die Bundesregierung beabsichtigt daher, sehr rasch Vorschläge für eine Steuerreform vorzulegen. Diese Reform wird der Zielsetzung eines sozial gerechten, einfachen und leistungsfördernden Steuersystems verpflichtet sein."

Wer das Versprechen, "sehr rasch Vorschläge" zu unterbreiten, ernst nahm, wurde das erste Mal enttäuscht, als sich im darauffolgenden Herbst herausstellte, daß im Budget für eine Steuerreform keine Vorsorge getroffen wurde.

Die zweite Enttäuschung bereitete Bundeskanzler Dr. Sinowatz jenen, die an seine Regierungserklärung geglaubt haben, als er im Mai dieses Jahres die von Dr. Salcher bereits vorbereitete Reform mit einer Presseerklärung absagte.

Finanzminister Dr. Salcher wollte damals zurücktreten, er durfte aber nicht - später, als er bleiben wollte, mußte er gehen.

Die dritte Enttäuschung erleben die Österreicherinnen und Österreicher in diesen Tagen. Der neue Finanzminister setzt die alte sozialistische Steuerpolitik fort. Er hat im Budget 1985 keine umfassende Steuerreform eingeplant und für eine Entlastung der Bürger und der Wirtschaft keinerlei Vorsorge getroffen. Es ist ihm nicht gelungen, die SpARBuchsteuer abzuschaffen.

Ja, er geht sogar soweit zurück, daß er feststellt, für ihn sei die Steuerpolitik kein Schlüssel zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme.

Als sichtbar wurde, daß die sozialistische Koalitionsregierung ihr Versprechen, "sehr rasch" eine Steuerreform

-3-

durchzuführen, nicht einhalten will, hat die ÖVP im Nationalrat ein umfassendes Konzept über eine große Steuerreform eingebracht.

Eine Verwirklichung der ÖVP-Vorschläge würde die österreichischen Steuerzahler entlasten, das Wirtschaftswachstum stärken, bestehende Arbeitsplätze sichern und neue schaffen.

Da der Bundeskanzler in der Erklärung der sozialistischen Koalitionsregierung vor dem Nationalrat "sehr rasch Vorschläge" für eine Steuerreform versprochen hat, im heute vorgelegten Budgetentwurf des Finanzministers aber dafür keine Vorsorge getroffen wurde, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e:

Wann wird die Bundesregierung eine große Steuerreform zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und zur Entlastung der österreichischen Steuerzahler, wie sie die ÖVP im Nationalrat bereits vorgelegt hat, verwirklichen?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.